

Medienmitteilung vom 24. August 2010

Grüne wünschen sich stärkere Gewichtung der Klima- und Umweltpolitik Richtlinien der Regierungspolitik 2011–2014

Die Grünen begrüßen den heute veröffentlichten Richtlinienbericht 2010 des Regierungsrates im Grundsatz. Allerdings hätten sich die Grünen eine stärkere Gewichtung der Klima- und Umweltpolitik gewünscht. Sehr kritisch stehen die Grünen dem in Aussicht gestellten Sparpaket gegenüber.

Die Grünen Kanton Bern nehmen die Richtlinien der Regierungspolitik 2011–2014 erfreut zur Kenntnis. Die 2006 ins Zentrum gestellte Stärkung der nachhaltigen Entwicklung als Grundmaxime des staatlichen Handelns hat sich bewährt; es ist richtig, dass die nachhaltige Entwicklung weiterhin den roten Faden der Regierungstätigkeit bildet. Der im Richtlinienbericht vorgeschlagene Schwerpunkte-Mix zeigt auf, dass die Regierung ihre Verantwortung in der ganzen Breite wahrnimmt und eine ausgewogene Entwicklung anstrebt.

Legislaturprogramme bieten immer auch die Chance zu Schwerpunktsetzungen. Hier hätten sich die Grünen eine stärkere Gewichtung der Klima-, Energie- und Umweltpolitik gewünscht. Die hohe Dringlichkeit entschiedenen Handelns in der Klima- und Umweltpolitik wurde uns in den letzten Monaten eindringlich vor Augen geführt: Die Rekordhitze im Juli gefolgt von der grossen Nässe im August manifestiert klimatische Veränderungen, welche auch den Kanton Bern schmerzhaft treffen (z.B. Landwirtschaft); die ökologische Katastrophe im Golf von Mexiko zeigt die Problematik der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern auf; die Zersiedelung der Landschaft schreitet weiterhin weitgehend ungehindert voran.

Die Grünen hätten sich daher eine stärkere Gewichtung der Anliegen im ökologischen Bereich gewünscht. Auch mit Blick auf die eidgenössische Ebene werden die kommenden Jahre zu einer energiepolitischen Schlüsselphase, wo Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte anstehen. Dies dürfte im Richtlinienbericht deutlicher zum Ausdruck kommen.

Kritisch stehen die Grünen dem in Aussicht gestellten finanzpolitischen „Entlastungspaket“ gegenüber. Unbestritten ist die Notwendigkeit einer stabilen, ausgeglichenen Finanzpolitik. Diese wird allerdings nicht alleine durch die Ausgabenpolitik, sondern auch durch die Einnahmenpolitik gesteuert. Die Grünen sind nicht bereit, in eine Diskussion über einen Leistungsabbau zu steigen, solange nicht auch ertragsseitig sorgfältiger mit dem kantonalen Finanzhaushalt umgegangen wird (Steuergesetzrevision, Revision des Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge, Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer etc.).

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident, 079 263 47 68